November 2026

# Länderbericht

**Abteilung Lateinamerika**

KONRAD ADENAUER STIFTUNG

# El Niño in Lateinamerika

## Wenn das Klima zum staatlichen Stresstest wird

*Dr. Jan Woischnik und Christoph Kleiber*[1]

Lateinamerika bereitet sich auf eines der stärksten El-Niño-Ereignisse seit Jahrzehnten vor, dessen Höhepunkt zwischen Oktober 2026 und dem Frühjahr 2027 erwartet wird. Die Folgen fallen regional gegensätzlich aus: Mexiko, Zentralamerika, Venezuela, Kolumbien und Bolivien drohen Dürre, Hitze und Waldbrände, während an der Küste Ecuadors und Nordperus sowie im Cono Sur Starkregen und Überschwemmungen erwartet werden. Gemeinsam ist der Region, dass El Niño auf ohnehin angespannte Haushalte, schwache Infrastruktur und vielerorts geschwächte Institutionen trifft. Die Berichte der KAS-Auslandsbüros zeigen deshalb ein gemeinsames Muster: Über das Ausmaß der Schäden dürfte weniger die Intensität des Wetterereignisses entscheiden als die Fähigkeit der Staaten, vorzusorgen, zu koordinieren und Hilfe transparent zu verteilen. El Niño wird so zum Stresstest für Wasser-, Energie- und Ernährungssicherheit und letztlich für Staatlichkeit insgesamt.

## Ein „Super-El-Niño“ mit zwei Gesichtern

El Niño ist ein wiederkehrendes natürliches Klimaphänomen: Schwächen sich die Passatwinde ab, staut sich warmes Oberflächenwasser vor der südamerikanischen Pazifikküste, und globale Niederschlagsmuster verschieben sich. Wo Regen gebraucht wird, bleibt er aus, wo ohnehin viel fällt, kommt es zu Überschwemmungen. Das aktuelle Ereignis zeichnete sich früh ab. Das kolumbianische Wetteramt IDEAM bestätigte El Niño bereits am 11. Juni 2026, drei Monate früher als erwartet. Die US-Wetterbehörde NOAA bezifferte im August die Wahrscheinlichkeit, dass das Phänomen bis März 2027 anhält, auf 97 Prozent, die eines „sehr starken“ bzw. historisch intensiven Ereignisses je nach Stand auf 63 bis 75 Prozent.[2] Da El Niño auf einen langfristigen Erwärmungstrend trifft, können sich Extreme zusätzlich verstärken.

Für Lateinamerika ergibt sich ein zweigeteiltes Bild. Ein Dürregürtel reicht von Nordmexiko über Zentralamerika bis nach Kolumbien, Venezuela und Bolivien, ein Überschwemmungsgürtel umfasst die Küste Ecuadors und Nordperus, Chile, den Nordosten Argentiniens, Uruguay und Südbrasilien. Große Länder wie Mexiko, Peru und Brasilien sind von beiden Extremen zugleich betroffen.

| Land | Hauptrisiko | Beobachtet oder erwartet |
|---|---|---|
| Mexiko | Dürre im Norden, Starkregen im Süden | Über 45 °C im Norden; Ernteausfälle bei Mais und Weizen |
| Guatemala | Dürre | Rund 30 % weniger Regen; Maispreise bis +11,9 % |
| El Salvador | Dürre | Sechsmonatiger nationaler Notstand |
| Costa Rica | Dürre (Pazifikseite) | 10–30 % weniger Regen in Guanacaste |
| Panama | Dürre (Pazifikseite) | Weniger Passagen durch den Kanal |

| Land | Hauptrisiko | Beobachtet oder erwartet |
|---|---|---|
| Kolumbien | Dürre, Hitze, Brände | 558 Gemeinden mit hoher Wasserknappheit |
| Venezuela | Dürre, Stromknappheit | Rund zwei Drittel des Stroms aus Wasserkraft |
| Ecuador | Starkregen an der Küste | Schäden bis 1–1,5 % des BIP möglich |
| Peru | Starkregen im Norden, Dürre im Süden | Wachstumsprognose von 5 auf 3 % gesenkt |
| Bolivien | Dürre, Hitze, Brände | 26 Gemeinden im Wassernotstand |
| Brasilien | Dürre im Norden, Hochwasser im Süden | Niedrige Pegel im Amazonasgebiet |
| Chile | Starkregen, Schlammlawinen | Vielfacher Normalniederschlag, u. a. in Santiago |
| Argentinien | Starkregen, Hochwasser | Gesättigte Böden im Nordosten |
| Uruguay | Hochwasser | Flussanrainer im Norden und Westen gefährdet |

## Wasser als strategische Ressource

In fast allen untersuchten Ländern steht die Wasserversorgung im Zentrum der Sorgen, weil an ihr Trinkwasser, Stromerzeugung, Landwirtschaft und Handel zugleich hängen. In Kolumbien droht 558 Gemeinden eine hohe oder sehr hohe Wasserknappheit; angeschlossen an das Leitungsnetz sind 83 Prozent der städtischen, aber nur 46 Prozent der ländlichen Bevölkerung. In Bolivien sind 26 Gemeinden wegen Wassermangels im Notstand, in Mexiko gefährden sinkende Stauseepegel die Versorgung von Ballungsräumen wie Mexiko-Stadt und Monterrey. In Panama haben die sinkenden Wasserstände der Seen, die den Kanal speisen, bereits zu weniger Schiffspassagen und strengeren Tiefgangsbeschränkungen geführt. Eine Wasserfrage wird so unmittelbar zur Frage des Welthandels.

### Stromversorgung unter Druck

Die hohe Abhängigkeit von Wasserkraft macht Dürre zum Energierisiko. Venezuela gewinnt rund zwei Drittel seines Stroms aus Wasserkraft, vor allem am Guri-Stausee; schon heute kommt es zu Unterbrechungen, und Behörden arbeiten teils nur halbtags. In Kolumbien erreichten die Zuflüsse zu den Stauseen zwischen Mai und Juli nur 76 bis 80 Prozent des Normalwerts, Gas- und Kohlekraftwerke mussten einspringen. Costa Rica, Brasilien und Bolivien melden ähnliche Risiken, Hitzewellen treiben in Mexiko und Brasilien zudem den Verbrauch in die Höhe. Im Süden kann El Niño dagegen entlasten: Argentinien erwartet positive Effekte für die Wasserkraft am Paraná, Uruguay gilt dank seines hohen Anteils erneuerbarer Energien als gut abgesichert.

### Ernten, Viehzucht und Fischerei

Die Landwirtschaft ist der am stärksten betroffene Sektor. Im zentralamerikanischen Trockenkorridor konnten einer Oxfam-Studie zufolge lediglich vier Prozent der Familienbetriebe ihre Ernte einbringen; bis zu 30 Prozent wollen nicht erneut aussäen. In Bolivien fällt die Dürre in die Aussaatperiode, während die Region Santa Cruz, auf die über 70 Prozent der Getreideproduktion entfallen, zugleich unter Dieselknappheit leidet. In Peru

haben sich die Fischschwärme wegen des warmen Wassers Richtung Chile zurückgezogen. Im Cono Sur ist das Bild ambivalent: Mehr Niederschlag kann Soja- und Maisproduzenten in sonst trockeneren Regionen nützen, vernässte Böden und überflutete Weiden verursachen andernorts jedoch erhebliche Schäden.

**Infrastruktur und Gesundheit**

Wo El Niño Regen bringt, trifft er auf Infrastruktur, die dafür nicht ausgelegt ist. In Lima, wo jährlich nur wenige Millimeter Regen fallen, führte schon Nieselregen im August zu Wassereinbrüchen in Häusern. In Chile schwemmten Fluten in La Serena und Coquimbo prekäre Siedlungen weg, und Sperrungen der Panamericana, der zentralen Nord-Süd-Fernstraße, unterbrachen Logistik- und Exportketten im Bergbau. Mitte Oktober regnete es im Großraum Santiago rund anderthalb Wochen nahezu ununterbrochen; in der ersten Monatshälfte fiel etwa das Zehnfache der sonst für den gesamten Oktober üblichen Menge. Zugleich melden fast alle untersuchten Länder steigende Gesundheitsrisiken, von Dengue und Chikungunya über Durchfallerkrankungen durch verunreinigtes Wasser bis zu Hitzebelastung. In Kolumbien registrierte die nationale Katastrophenschutzbehörde UNGRD (*Unidad Nacional para la Gestión del Riesgo de Desastres*) zwischen Juni und August 438 Waldbrände in 191 Gemeinden.

## Wachstumsverluste, Teuerung und soziale Verwundbarkeit

Die wirtschaftlichen Kosten zeichnen sich bereits ab. In Peru senkten Analysten die Wachstumsprognose für 2026 wegen El Niño von rund fünf auf rund drei Prozent. Ecuadors Regierung rechnet im Extremszenario mit Schäden von rund 1,3 Milliarden US-Dollar, ein bis 1,5 Prozent des BIP. In Chile, wo vor allem der Bergbau unter gesperrten Transportwegen litt, sank der Wirtschaftsaktivitätsindex Imacec im Juli 2026 um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. In Mexiko verursachten frühere vergleichbare El-Niño-Phasen Schäden von bis zu rund 180 Milliarden Pesos (knapp zehn Milliarden US-Dollar).[3] In Kolumbien verteuert die thermische Ersatzstromerzeugung die Energie und verschärft die Liquiditätsprobleme des Stromsektors.

Am unmittelbarsten spürt die Bevölkerung die Folgen über die Lebensmittelpreise. In Guatemala stiegen die Maispreise um bis zu 11,9 Prozent, in Peru verteuerten sich einige Gemüsesorten im Großhandel um bis zu 100 Prozent. Das UN-Nothilfebüro OCHA erwartet, dass in Kolumbien zusätzlich 1,7 bis drei Millionen Menschen in Ernährungsunsicherheit geraten; in Guatemala schätzt das Forschungsinstitut IARNA die Zahl der Betroffenen auf rund 3,2 Millionen. In Venezuela, wo knapp 70 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben, hätten weitere Preissteigerungen schwerwiegende soziale Folgen. Am härtesten trifft es Kleinbauern, informell Beschäftigte, Bewohner von Hanglagen und Flussufern sowie indigene Gemeinschaften. Wasserknappheit verschärft zudem Verteilungskonflikte zwischen Haushalten, Landwirtschaft und Industrie, die in Nordmexiko bereits zu Protesten führen, und wiederholte Ernteausfälle erhöhen den Druck zur Binnenmigration und, im Fall Mexikos, zur Abwanderung in die USA.

## Vorbereitung zwischen Plan und Umsetzung

Nahezu alle Regierungen der Region haben Vorsorgemaßnahmen eingeleitet, von Frühwarnsystemen und der Reinigung von Flüssen und Abflusskanälen über die Sicherung kritischer Infrastruktur bis zu Evakuierungsplänen und Agrarversicherungen. Umfang, Finanzierung und Verbindlichkeit unterscheiden sich jedoch stark. Am weitesten ging Kolumbien: Die ehemalige Regierung von Gustavo Petro rief am 23. Juli 2026 für zwölf Monate den nationalen Katastrophenfall aus und stellte der UNGRD vier Billionen Pesos (rund 1,3 Milliarden US-Dollar) bereit; weitere 1,5 Billionen Pesos (rund 480 Millionen US-Dollar) sollen die Zahlungsfähigkeit des Stromsektors sichern. Costa Rica legte im Juni eine

nationale Notfallstrategie mit über 82 Milliarden Colones (rund 180 Millionen US-Dollar) vor, Ecuador kündigte rund 65 Millionen US-Dollar an. Mexiko baut ein landesweites Warnsystem über Mobiltelefone auf und priorisiert bei akuter Knappheit die Trinkwasserversorgung vor Landwirtschaft und Industrie.
Im Süden liegt der Schwerpunkt auf Hochwasserschutz und Koordination zwischen den staatlichen Ebenen. Argentinien hat einen Bundeskoordinierungsplan ENSO 2026/2027 aufgelegt, Uruguay nutzt sein vergleichsweise starkes Notfallsystem SINAE, das mit den Departamentos Einsatzprotokolle abgestimmt und die Versorgung von Evakuierten bis hin zur Kontinuität der Gesundheitsversorgung geregelt hat. Auch die Privatwirtschaft wird aktiv: In Peru koordiniert ein Komitee aus Industrie-, Bergbau- und Handelsverbänden unter dem Vorsitzenden der christdemokratischen Partei PPC, Carlos Neuhaus, den Einsatz privater Bau- und Räumfahrzeuge mit den Ministerien.
Die Berichte der KAS-Länderbüros zeigen aber auch deutliche Lücken. Guatemala vermied bis Anfang Oktober die offizielle Feststellung von El Niño, obwohl erst diese die Notfallpläne für den Trockenkorridor auslöste. Ebenso in El Salvador: Dort rief die von Präsident Nayib Bukeles Partei *Nuevas Ideas* dominierte Legislativversammlung erst Anfang Oktober mit 59 zu einer Stimme einen sechsmonatigen nationalen Notstand aus, um der Dürre vorzugreifen, bevor Ernten verloren gehen.[4] In Argentinien fehlen vielen Kommunen Notfallressourcen, in Mexiko gilt die Vorsorge als überwiegend reaktiv, und in Peru drohen nach den Regional- und Kommunalwahlen vom 4. Oktober Reibungsverluste durch den Wechsel vieler Amtsträger. Das Beispiel Ecuador bringt den Befund auf den Punkt: Es fehlt weniger an Plänen als an Mitteln, Kapazität und Koordination, um sie unter Krisenbedingungen umzusetzen.

## Governance-Stresstest: Vertrauen, Kontrolle und Verantwortung

Politisch brisant wird El Niño dort, wo die Krisenreaktion auf geschwächte Institutionen, knappe Haushalte und polarisierte Machtverhältnisse trifft. Die Debatten kreisen weniger um das Wetter als um die Frage, wer für Vorsorge zahlt, wer sie kontrolliert und wer politisch von ihr profitiert. In Kolumbien verwaltet ausgerechnet die Katastrophenschutzbehörde UNGRD die zusätzlichen Milliarden, die durch einen der gravierendsten Korruptionsskandale der Petro-Jahre schwer beschädigt ist; gegen ihre frühere Führung laufen Strafverfahren, ein früherer Vizedirektor wurde bereits verurteilt. Der Mitteleinsatz steht deshalb unter intensiver parlamentarischer und öffentlicher Beobachtung, umstritten ist auch, ob die Regierung Haushaltsmittel ohne Zustimmung des Kongresses umschichten darf.
In Ecuador zeigt sich, wie schmal der Grat zwischen notwendiger Handlungsfähigkeit und Machtkonzentration ist. Unter Verweis auf El Niño wurden die Regional- und Kommunalwahlen vom 14. Februar 2027 auf den 29. November 2026 vorverlegt. Das Wahlgericht bestätigte die Befugnis des Wahlrats, der sachliche Grund ist nachvollziehbar. Vor dem Hintergrund der Debatte über eine Stärkung der Exekutive unter Präsident Daniel Noboa wird die Entscheidung dennoch kritisch gesehen, zumal Analysten erwarten, dass der neue Kalender das Regierungslager begünstigt. In Costa Rica wirft die Opposition der Regierung vor, Hilfsmaßnahmen mit Blick auf künftige Wahlen klientelistisch einzusetzen.
In föderal organisierten Staaten entzündet sich Streit an Zuständigkeiten und Geld. In Argentinien werfen die Gouverneure Axel Kicillof (Buenos Aires) und Sergio Ziliotto (La Pampa) der Regierung Milei fehlende finanzielle Unterstützung und unzureichende Planung vor. In Mexiko sollen die Mittel für Klimaanpassung im Haushaltsentwurf 2027 von rund 210 auf 160 Milliarden Pesos (von rund 11,4 auf 8,6 Milliarden US-Dollar) sinken, während die Opposition seit der Abschaffung des Katastrophenfonds FONDEN langsame und intransparente Hilfen kritisiert. Hinzu kommt eine außenpolitische Dimension: Anhaltende Dürre erschwert Mexiko die Erfüllung seiner Wasserlieferpflichten an die USA aus dem Vertrag von 1944 und erzeugt zugleich Konflikte mit Landwirten in Chihuahua und

Tamaulipas. In Peru wird El Niño zur ersten Bewährungsprobe für die seit Ende Juli amtierende Präsidentin Keiko Fujimori, die die Krisenvorbereitung bereits im Wahlkampf zur Priorität erklärt hatte.

## Fazit: Klimarisiko als Frage von Staatlichkeit

El Niño macht bestehende strukturelle Defizite eher sichtbar, als dass es neue schafft: marode Wasser- und Stromnetze, eine einseitige Abhängigkeit von Wasserkraft, unvollendete Hochwasserschutzprojekte und eine Katastrophenvorsorge, die vielerorts reaktiv bleibt. Ein stärkerer El Niño erhöht die Wahrscheinlichkeit von Extremereignissen, das Ausmaß der Schäden hängt aber von Verwundbarkeit und Vorbereitung ab. Ob daraus eine Governance-Krise wird, entscheidet sich an der Qualität staatlicher Koordination, an der Transparenz des Mitteleinsatzes und am Respekt vor demokratischen Verfahren. Wo Hilfe als langsam, ungleich oder politisiert wahrgenommen wird, kann aus einer Naturkatastrophe rasch eine Vertrauenskrise werden, in einer Region, in der organisierte Kriminalität und Korruption staatliche Institutionen ohnehin aushöhlen.

Für Deutschland und Europa ist El Niño mehr als ein fernes Wetterphänomen. Über den Panamakanal laufen rund fünf Prozent des weltweiten Seehandels. Panama rief am 26. August den landesweiten Notstand aus, die Kanalbehörde senkte die tägliche Höchstzahl der Passagen bis Mitte September von 36 auf 32 und schließt weitere Kürzungen bis Anfang 2027 nicht aus.[5] Da zugleich der Verkehr durch die Straße von Hormus infolge des Iran-Kriegs eingebrochen ist, wiegen solche Engpässe für europäische Lieferketten doppelt. Chile verfügt über die weltweit größten Kupferreserven und stellt rund ein Viertel der globalen Förderung; Kupfer steht auf der deutschen Liste kritischer Rohstoffe.[6] Störungen der Bergbaulogistik berühren damit unmittelbar die europäische Energiewende. Und seit das Interimshandelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur am 1. Mai 2026 vorläufig angewendet wird, schlagen witterungsbedingte Ernteschwankungen in Argentinien, Brasilien und Uruguay stärker auf den Handel mit Europa durch.[7]

Zugleich verfügt Europa über Instrumente, um Partner in der Region gezielt zu stärken. Die Global-Gateway-Investitionsagenda sieht bis 2027 mehr als 45 Milliarden Euro vor, darunter zwei regionale Copernicus-Zentren für Katastrophenvorsorge und Klimabeobachtung.[8] Die humanitäre Hilfe der EU für die Region von 123 Millionen Euro im Jahr 2026 dient ebenfalls der Katastrophenvorsorge.[9] Die Erfahrungen der Region sprechen dafür, solche Mittel noch stärker auf Prävention, Frühwarnung und leistungsfähige Institutionen auszurichten. Vorsorge ist günstiger als Wiederaufbau, und wo Hilfsgelder transparent und kontrolliert fließen, stärkt das zugleich das Vertrauen in demokratische Institutionen. Für Deutschland bietet sich hier ein Feld, auf dem Klimapartnerschaft, Rohstoffinteressen und die Förderung guter Regierungsführung zusammenfallen. Die kommenden Monate bis zum erwarteten Abklingen des Phänomens im Frühjahr 2027 werden zeigen, welche Staaten der Region diesem Stresstest gewachsen sind.

1 Dr. Jan Woischnik ist Leiter der Abteilung Lateinamerika der Konrad-Adenauer-Stiftung. Christoph Kleiber ist Referent für Zentralamerika und Mexiko sowie Sonder- und Querschnittsthemen Lateinamerika in der Abteilung Lateinamerika. Dieser Bericht ist mit Unterstützung von Michaela Braun, Ulrike Carillo, Carmen Dragon, Maximilian Hedrich, Johannes Hügel, Olaf Jacob, Jakob Kerstan, Vanessa Pinilla Fernandes, Nikolaus Rischbieter, Julia Sandner, Annette Schwarzbauer, Dr. Christina Stolte, Henning Suhr und Dr. Kristin Wesemann entstanden.

2 Angaben der National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA), Stand August 2026, nach Zulieferungen der KAS-Auslandsbüros Kolumbien und Ecuador.

3 Umrechnungen in US-Dollar hier und im Folgenden zum Wechselkurs von Ende Oktober 2026 (rund 18,5 MXN bzw. 3.150 COP je US-Dollar).

4 Vgl. LatinNews, 08.10.2026.

5 Vgl. Al Jazeera: Panama Canal may cut ship traffic further as El Niño strengthens, 08.09.2026, https://www.aljazeera.com/news/2026/9/8/panama-canal-may-cut-ship-traffic-further-as-el-nio-strengthens

6 Vgl. Germany Trade & Invest: Chiles Bergbau: Traditionssektor mit großer Zukunft, 21.10.2025, https://www.gtai.de/de/trade/chile/branchen/bergbau-1876552

7 Vgl. Wirtschaftskammer Österreich: Handelsabkommen EU-Mercosur, Stand 30.04.2026, https://www.wko.at/aussenwirtschaft/eu-mercosur

8 Vgl. Europäische Kommission: Die Global-Gateway-Investitionsagenda der EU für Lateinamerika und die Karibik, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/attachment/875742/The%20EU-LAC%20Global%20Gateway%20Investment%20Agenda_DE.pdf.pdf

9 Vgl. Europäische Kommission: EU allocates over €123 million in humanitarian aid for Latin America and Caribbean in 2026, 06.02.2026, https://civil-protection-humanitarian-aid.ec.europa.eu/news-stories/news/eu-allocates-over-eur123-million-humanitarian-aid-latin-america-and-caribbean-2026-2026-02-06_en

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**

Christoph Kleiber
Referent Zentralamerika und Mexiko sowie Sonder- und Querschnittsthemen Lateinamerika
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de
christoph.kleiber@kas.de

Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international", CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: https://creativecommons.org/licenses/ by-sa/4.0/legalcode.de)